

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Situation geflüchteter Menschen beschäftigt Sie ebenso wie mich seit Wochen. Ich bin froh, dass sich an der ausgeprägten Willkommenskultur seither nichts geändert hat. Im Gegenteil: Immer mehr Menschen engagieren sich für diejenigen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns fliehen. Ihnen allen gebührt, ebenso



wie den am Limit arbeitenden Beschäftigten der zuständigen Stellen, unser Dank.

Ich bin froh, dass nun auch die Bundesregierung reagiert. Für Berlin hätte ich mir angesichts von immer mehr Geflüchteten mehr Unterstützung gewünscht. Doch auch die beschlossenen je drei Milliarden für den Bundeshaushalt und die Länder und Kommunen helfen uns weiter. Insbesondere, um die immensen Aufgaben bei der Erstaufnahme zu bewältigen. Hierfür wird der Bund auch eigene Liegenschaften zur Verfügung stellen.

Ein weiterer Baustein ist die zügige Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie bei der Bundespolizei. Ein Beschleunigungsgesetz erlaubt es uns, zeitweise weniger bürokratisch vorgehen zu müssen, etwa bei der Einrichtung neuer Unterkünfte. Das wird uns helfen nur so viele Turnhallen und öffentliche Gebäude zu beanspruchen, wie unbedingt nötig.

Ich wünsche uns allen, dass wir einen kühlen Kopf und unsere Menschlichkeit bewahren. Auch wenn die Herausforderungen groß sind, sind wir stark genug sie zu bewältigen. Alle miteinander.

Ihre Dilek Kolat
Vorsitzende der SPD
Tempelhof-Schöneberg



Ankommen, Ruhe und Geborgenheit finden – nichts wünschen sich die schutzsuchenden Familien mehr. In Tempelhof-Schöneberg wurden die geflüchteten Kinder und ihre Eltern willkommen geheißen. So soll es auch bleiben. Mehr dazu auf Seite 2 und 7.

Bild: Petra Rudolph-Korte

Hilfe hat hier Tradition

Vom Notaufnahmелager Marienfelde bis heute - Angelika Schöttler im Interview

TS aktuell: Frau Bezirksbürgermeisterin Schöttler, wie sehen Sie die Lage in Tempelhof-Schöneberg in Bezug auf die Flüchtlingsunterbringung?

Angelika Schöttler: Unser Bezirk hat das 1953 gegründete Notaufnahmелager Marienfelde beheimatet. Wir haben also eine langjährige Tradition geflüchtete Menschen aufzunehmen und gute Erfahrungen dabei gemacht. Als Ende 2010 das Haus als Übergangswohnheim wieder eröffnet wurde, haben die Anwohnerinnen und Anwohner mit viel Verständnis für die Lage der Flüchtlinge reagiert. Dafür bin ich dankbar.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist für den Bezirk eine Aufgabe, der wir uns mit viel Energie stellen. Wichtig

ist, dass alle an einem Strang ziehen.

Wie viele Einrichtungen sind in Tempelhof-Schöneberg beheimatet und welche Aufgaben sind für den Bezirk damit verbunden?

Neben dem Gebäudekomplex des ehemaligen Notaufnahmелagers in Marienfelde haben wir mit heutigem Stand noch 5 weitere Einrichtungen im Bezirk. Es werden aber bald weitere folgen, je nach Verfügbarkeit.

Vor der Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft ist der Bezirk für die baurechtliche Genehmigung der (Not-)Unterkunft zuständig. Dies stellt mittlerweile nicht nur für unseren Bezirk eine Herausforderung dar, denn es gibt in Berlin nur ein Dutzend unabhängige Brandschutzgutachter. Bevor wir

eine Flüchtlingsunterkunft in einem Gebäude genehmigen dürfen, muss ein positives Brandschutzgutachten erstellt worden sein.

Ist die Einrichtung in Betrieb muss der Bezirk die Gesundheitsversorgung durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, also das Gesundheitsamt, sicherstellen. Zudem sind wir für die Beschulung der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen zuständig und nach einem berlinweiten Verteilungsschlüssel auch für die Jugendhilfen.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ist hingegen für die Suche von geeigneten Immobilien zuständig. Sie sucht auch den Betreiber der Einrichtung aus und schließt die notwendigen Verträge und muss die

Einrichtung schließlich auch kontrollieren.

Dieser Aufgabenmix aus Zuständigkeit des Landes und der Bezirke bedeutet, dass es einen enormen Abstimmungsbedarf gibt, der allerdings in der Vergangenheit deutlich zu wünschen übrig ließ. Es hat sehr lange gedauert, bis Senator Czaja seine Zuständigkeit erkannte, und die Strukturen haben sich eigentlich erst verbessert als der Regierende Bürgermeister Müller sich eingeschaltet hat. Inzwischen läuft die Zusammenarbeit schneller und direkter. Wir gucken nach vorne.

Lesen Sie weiter:
u. a. Pläne für den ehemaligen Flughafen
Seite 2

IN DIESER AUSGABE

DEPOT BELZIGER STRASSE

Künstlerateliers und Wohnungen statt sicher gestellter Fahrzeuge

Seite 2

NEUE SPIELRÄUME NUTZEN

Berlin investiert wieder in die Zukunft

Seite 3

ARBEIT 4.0

Die Gewerkschaften gestalten die Bedingungen neuer Arbeitsformen mit

Seite 4

DER STAAT MUSS NEUTRAL BLEIBEN

Senatorin Dilek Kolat zum jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu einem generellen Kopftuchverbot

Seite 7

„Horrorhaus“ Grunewaldstraße 87

Bezirksamt unterstützt Bestandsmieter gegen skrupellosen Vermieter soweit es geht

Als „Horrorhaus“ hat das Gebäude Grunewaldstraße 87 Medienkarriere gemacht. „Der Eigentümer hat versucht, die regulären Mieter zu vergraulen. Wir sind froh, dass ihm das nicht gelungen ist. Das Bezirksamt hat den Durchhaltewillen der Bestandsmieter unterstützt. Die nun angekündigte Sanierung der Gebäude werden wir im Auge behalten.“, erläutert die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD).

Um die Altmieten zu vergraulen soll der Eigentümer viel zu viele Wanderarbeiter im Hinterhaus einquartieren

haben. Diese viel zu große Anzahl an Menschen musste Probleme bereiten. Das Haus verkam immer mehr. Verdreckte Matratzen und gebrauchte Windeln lagen in den Aufgängen. In leeren Wohnungen standen mangels funktionierender Toiletten voll urinierte Eimer. Streitigkeiten zwischen den unterschiedlichen Bewohnergruppen waren an der Tagesordnung - so wie die häufige Präsenz der Polizei.

Über 200 Einsätze fuhr die Polizei Presseberichten zufolge seit November 2014 in dem Haus. Mehrmals rückte die Staatsmacht sogar mit den

Spezialkräften vom SEK an.

Auch das Bezirksamt war ständig vor Ort. Der Eigentümer erhielt dutzendweise Aufforderungen Gefährdungslagen zu beseitigen und Haus und Höfe sauber zu halten.

Kurz vor Fristende kam er diesen Aufforderungen auch nach - doch kaum war er einer Aufforderung nachgekommen, brauchte es eine neue. Denn grundlegende Änderungen konnte das Bezirksamt mit seinen Mitteln, insbesondere des Wohnungsaufsichtsgesetzes, nicht durchsetzen. Das Wohnungsaufsichtsgesetz

ist ein zu stumpfes Schwert, wie die Bezirksverwaltung feststellen musste. Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler will eine Gesetzesänderung voranbringen, damit skrupellosen Eigentümern auf Augenhöhe entsprechend begegnet werden kann.

So wird sie mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bezirken darüber diskutieren, wie wiederholte Versäumnisse von Eigentümern schärfer geahndet werden können und wie die Stichworte „Überbelegung“ und „Unbewohnbarkeit“ eindeutig definiert und bes-

ser sanktioniert werden können. Ob bei Überbelegung und Unbewohnbarkeit der Eigentümer Ersatzwohnungen zur Verfügung stellen muss und nicht der Bezirk die Konsequenzen des Handelns des Vermieters tragen muss, wird auch geprüft werden müssen.

Die Grunewaldstr. 87 war zwar bislang das einzige „Horrorhaus“ im Bezirk, aber andere Bezirke kennen das Phänomen schon länger - es scheint sich unter dubiosen Eigentümern zur Strategie zu entwickeln, der entgegengewirkt werden muss.

Volker Warkentin

WACHSENDE STADT



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr können wir zusätzlich 500 Millionen Euro mehr in Schulen, bezahlbare Wohnungen, Straßen, öffentlichen Nahverkehr und vieles mehr investieren. Weil Berlin eine wachsende Stadt ist, die in den vergangenen Jahren jährlich um 40.000 Bewohner zugenommen hat, haben wir höhere Steuereinnahmen, mehr Arbeitsplätze und ein gutes Wirtschaftswachstum. Das kommt allen zugute. Deswegen ist es gut, dass Berlin für viele die attraktivste europäische Metropole ist.

Berlin steht vor einem Aufbruch in neue Zeiten. Jahrelang mussten wir aufgrund der hohen Kosten des Zusammenwachsens der Stadt nach der Wiedervereinigung unseren Haushalt konsolidieren, Personal abbauen und konnten nicht wie gewollt in unsere Infrastruktur investieren.

Die Mühen haben sich gelohnt. Natürlich bringt die wachsende Stadt Herausforderungen mit sich. Aber ich bin sicher, es wird uns gelingen, diese zu meistern und als solidarische Stadt gemeinsam die neuen Chancen für ein gutes Leben für alle Berlinerinnen und Berliner zu nutzen.

Michael Müller
Regierender
Bürgermeister

Bild: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin/Marco Urban

ENGAGEMENT

ZEHN JAHRE SUPPENKÜCHE LICHTENRADE

Seit nun zehn Jahren kocht die Suppenküche Lichtenrade jeden Sonntag für über 100 Besucherinnen und Besucher. Für die Suppenküche gilt die Philosophie, dass alle Hilfe erhalten, ohne Prüfung der Bedürftigkeit, da der Verein überzeugt ist, dass sich Menschen nicht ohne Not lange anstellen und in beengten Räumlichkeiten essen. Die Suppenküche existiert ausschließlich durch Spenden und den unermüdeten Einsatz von über 50 Helfenden. Bezirk und Land erkennen dieses Engagement an und gratulieren herzlich zum zehnten Geburtstag.

Andrea Kühnemann

Kultur und Wohnen ...

... statt Abstellplatz im Denkmal: Depot Belziger Straße

Künstler brauchen dringend Ateliers, Wohnraum ist auch in Schöneberg knapp – da lag es nahe, aus der Abstellhalle für amtlich sichergestellte Fahrzeuge ein neues Stadtquartier zu konzipieren.

Christoph Götz, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Als Lager für abgeschleppte

Autos ist das Areal viel zu schade. Es muss wieder Leben in diesen zentralen Platz einkehren!“

Nun haben die beteiligten Behörden der Nutzung für Kunst und Wohnen zugestimmt; allerdings unter der Voraussetzung, dass für die Fahrzeuge der Polizei ein neuer Abstellplatz gefunden wird. Der wird nach Auskunft des

Bezirksamtes aber wohl frühestens 2018 bereit stehen.

„Die Fraktion hat lange dafür gekämpft. Wohnraum wird dringend gebraucht und unsere Stadt ist ein Magnet für Kreative und Kulturschaffende aus der ganzen Welt – Schöneberg kann davon profitieren“, so Christoph Götz.

Redaktion TSaktuell



Man braucht noch etwas Fantasie, um hier das Potenzial für ein buntes Kunst- und Wohnquartier zu erkennen

Fördermittel kommen

Lichtenrader Bahnhofstraße: Jetzt muss auch der Tunnel kommen

Eigentlich sollten für die Bahnhofstraße in Lichtenrade gerade bessere Zeiten anbrechen. Nun droht die Trassenführung der Dresdner Bahn in Lichtenrade die Pläne zu konterkarieren.

Gemeinsam mit den Lichtenraderinnen und Lichtenradern haben das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung in den vergangenen Jahren viele Ideen für eine attraktive Bahnhofstraße entwickelt. Herausgekommen ist

ein „integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept“ (ISEK). Das überzeugte den Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, die Lichtenrader Bahnhofstraße in das Förderprogramm „Aktive Zentren“ aufzunehmen. Nach Jahren der Vorbereitung, Konzepterstellung, der Leitbildentwicklung und der Erstellung des ISEK, stehen damit ab 2016 umfangreiche finanzielle Mittel zur Aufwertung und Weiterent-

wicklung der Bahnhofstraße für die kommenden Jahre zur Verfügung. Die Anwohnerinnen und Anwohner sollen auch bei der weiteren Entwicklung des Stadtteilzentrums mitreden.

Mit dem Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamts zur ebenerdigen Trassenführung der Dresdner Bahn allerdings droht die Aufwertung an Schranken zu stoßen. Eine „Entscheidung gegen den Willen der Bevölkerung in Lichten-

rade“ nennt der SPD-Fraktionsvorsitzende Jan Rauchfuß den Beschluss. „Es ist die Aufgabe des CSU- Bundesverkehrsministers, eine politische Entscheidung zu treffen und eine Tunnellösung für die Dresdner Bahn zu organisieren“, so Jan Rauchfuß. Nur die komme für die SPD Tempelhof-Schöneberg in Frage. Der Senat habe angeboten, die Mehrkosten für den Tunnel aus Landesmitteln zu tragen.

Imgrid Kühnemann

Prioritäten setzen

Kleistpark bald ohne „Rossebändiger“?

Im Kleistpark, vor dem ehemaligen Kontrollratsgebäude, stehen seit ca. 70 Jahren die Skulpturen der „Rossebändiger“, Geschenk eines russischen Zaren.

Vor ca. 180 Jahren wurde die Skulptur von Peter v. Jürgensburg vor dem Berliner Stadtschloss aufgestellt. Wie zu erwarten möchten die Stadtschloss-Neuerbauer die Skulptur auf dem Schlossplatz wieder aufstellen.

Wir müssen uns fragen, welcher historische Bezug

der stärkere ist, der Schöneberger Auslagerungsort oder der ursprüngliche Standort am Schlossplatz? Schwierig zu beantworten. Haben wir rund um die Skulptur ein Parkkonzept, dessen wichtiges Element die Rossebändiger sind? Leider nicht. Hat der Bezirk ausreichend finanzielle Mittel, um regelmäßig die Vandalismus-Schäden zu beseitigen und ein Parkkonzept umzusetzen? In absehbarer Zeit definitiv nicht.



Die „Rossebändiger“ - seit 70 Jahren im Kleistpark.

Was der Bezirk wirklich braucht, ist die Sanierung des Hauses am Kleistpark und ein Parkkonzept, das Menschen dazu einlädt, hier zu verweilen und zusammenzufinden und ihr Viertel, das ehemalige Quartiers-

managementgebiet, weiter zu stärken. Und vielleicht brauchen wir auch noch eine Monatskarte, um uns die „Rossebändiger“ an einem anderen Ort unserer Stadt anzusehen.

Redaktion TSaktuell

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Hilfe hat hier Tradition

Der ehemalige Flughafen Tempelhof wird eine der erwähnten neuen Notunterkünfte. Wie kann es gelingen zwischen 1500 und 4000 Flüchtlinge dort menschenwürdig unterzubringen?

Wichtig für den Bezirk ist, dass ein ordentliches Konzept für diesen Standort erarbeitet wird. Uns reicht es nicht, wenn bei einer Unterkunft die weit mehr als 1000 Menschen aufnehmen soll, die Versorgung der Geflüchteten mit Schlafplätzen, Sanitäranlagen und Essen geregelt wird. Wir brauchen hier auch die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, der Beschulung und der Freizeitgestaltung besonders für die zu erwartenden Kinder und Jugendlichen.

Viele Einwohnerinnen und Einwohner wollen sich gern ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren. Etliche sind

auch schon aktiv. Haben Sie Tipps für die Leserinnen und Leser?

Das ehrenamtliche Engagement ist gern gesehen und erwünscht. Ich freue mich, dass wir eine gute Willkommenskultur in Tempelhof-Schöneberg entwickelt haben und viele Ehrenamtliche zum Funktionieren unserer Einrichtungen beitragen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

Die meisten Einrichtungen koordinieren mittlerweile den Einsatz für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer selbst. Sie haben einen guten Überblick welche Hilfe für wen oder was gebraucht wird. Man kann sich meist einfach dort melden und nachfragen.

Auch unser bezirkliches Ehrenamtsbüro koordiniert Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern. Gern können



Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler mit der Landrätin Kornelia Wehlan bei einem Kiezspaziergang in Blankenfelde

Sie anrufen unter: 90277 – 6050 oder 90277-6051. Es gibt viele Möglichkeiten der Hilfe. Gesucht werden vor allem Menschen, die kontinuierlich helfen wollen, z.B. beim Erlernen der deutschen Sprache, Dolmetschen bei Behördengängen oder durch das Erklären wie die Gesellschaft in Deutschland „funktioniert“. Toll ist es natürlich, wenn aus den regelmäßigen Kontakten eine Art Freundschaft entsteht. Unsere Volkshochschule

bietet kostenfreie Kurse für die ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen an. Das ist für die Einsteigerinnen und Einsteiger in das Ehrenamt ein neues Angebot, welches mich sehr freut. Denn es kann bestehende Unsicherheiten beseitigen.

Die Struktur der Ehrenamtsarbeit muss und wird immer weiter ausgebaut werden. Wir als Verwaltung und ich persönlich als Bürgermeisterin sind dabei!

KIEZATTRAKTIVITÄT

RHEINSTRASSE UND TEMPELHOFFER DAMM: AKTIVE

GEWERBETREIBENDE

Nach der Einführung des BIG-Gesetzes zur Gründung von Immobilien- und Standortgemeinschaften werden in Tempelhof erste konkrete Schritte unternommen. Die Tempelhofer Abgeordneten Michael Müller und Frank Zimmermann haben sich mit der Unternehmer-Initiative Te'Damm über die neuen Möglichkeiten zur Verbesserung entlang des Tempelhofer Damms beraten. In der Friedenaue Rheinstraße führte die Abgeordnete Dilek Kolat Gespräche mit interessierten Gewerbetreibenden. Ziel ist es, durch Standortgemeinschaften die Attraktivität der klassischen Einkaufsstraßen zu verbessern und das Abwandern der Kundinnen in Einkaufszentren oder Online-Shops zu verhindern.

DAS BIG-GESETZ

Das auf Initiative der SPD-Fraktion vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz zur Einführung von Immobilien- und Standortgemeinschaften gibt Einzelhändlerinnen und Grundstückseigentümerinnen die Möglichkeit, mit einem gemeinsam entwickelten Maßnahmenkonzept ihre Einkaufsstraße aufzuwerten. Stimmen genug Eigentümerinnen zu, wird von diesen eine Abgabe für diese Maßnahmen erhoben.

Sabine Mauer
Frank Zimmermann

TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber
SPD Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin
Tel. 030 7812283
spd-tempelhof-schoeneberg.de
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat
Auflage: 20.000
Redaktion dieser Ausgabe
Eva Liebsch, Frank Zimmermann, Ingo Siebert, Manuela Harling, Mario Grotjohann, Petra Rudolph-Korte, Sabine Mauer, Dr. Stefanie Schmidt, Ulrich Horb, Volker Warkentin
Satz und Layout:
interdialog.berlin, spd.berlin
Druck:
Henke Pressedruck, Berlin

Die neuen Spielräume genutzt

Berlin investiert wieder: Mehr Wohnungen, besserer Bürgerservice, mehr Geld für Polizei und Feuerwehr

Noch hat Berlin 60 Milliarden Euro Schulden. Aber die Politik der vergangenen Jahre hat neue Spielräume eröffnet. Die braucht die wachsende Stadt auch.

Es geht beides: Die Stadt zahlt Schulden zurück und macht sich gleichzeitig fit für die Zukunft. „Berlin wird wieder mehr in den Ausbau und die Verbesserung seiner Infrastruktur investieren, und für neue oder wachsende Aufgaben gibt es zusätzliches Personal“, kündigte Finanzsenator



Dr. Matthias Kollatz-Ahnen
Foto: Anno Dittmer/SenFin

Matthias Kollatz-Ahnen an. „Dabei werden wir auch künftig verantwortungsbewusst wirtschaften und ohne neue Schulden auskommen.“

So fließt bereits die Hälfte der aktuellen Haushaltsüberschüsse über das spezielle Investitionsprogramm SIWA in Schulen und Sanierungsmaßnahmen. Die andere Hälfte geht in die Schuldentilgung, um nicht später von steigenden Zinsen überrascht zu werden.

Der Doppelhaushalt 2016/2017 setzt mit seinen insgesamt 50,5 Milliarden Euro einen Schwerpunkt beim Wohnungsbau, u.a. mit dem Neubau von jährlich rund 3000 Sozialwohnungen ab 2017. Mehr Geld fließt auch in die Erneuerung der Klinikstandorte und der Notrufzentralen von Polizei und Feuerwehr.

300 zusätzliche Stellen werden in den Bezirken geschaffen, um den Bürgerservice zu verbessern. In den beiden Jahren werden ins-

gesamt 2000 Stellen für die Schulen bereitgestellt, davon etwa 1400 Lehrkräfte sowie rund 600 Erzieherinnen und Erzieher. Der Betreuungsschlüssel in den Kitas wird verbessert. Um der steigenden Nachfrage nach Kitaplätzen gerecht zu werden, sind Investitionen von je 56 Mio. Euro in den Jahren 2016 und 2017 vorgesehen. Für Investitionen in den Hochschulbau und die Charité-Universitätsmedizin stehen bis zum Jahr 2026 über eine Milliarde Euro zur Verfügung.

Der Kulturetat steigt 2016 um 22 Millionen Euro, 2017 um 33 Millionen Euro. Deutlich erhöht werden die Ansätze für die Unterbringung geflüchteter Menschen. Allerdings werden hier angesichts der aktuellen Entwicklung noch sehr viel mehr Mittel notwendig sein. Hier sei ganz klar der Bund gefordert, so Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. *uh*



Im Haushaltsjahr 2015 fließen weitere 496 Millionen Euro in die Ausstattung des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA). Diese stehen, zusätzlich zu den ohnehin im Haushalt vorgesehenen Investitionsmitteln, für wichtige Infrastrukturprojekte bereit.

Wo Berlin jetzt schwerpunktmäßig investiert – zwei Beispiele

WOHNUNGEN

Wohnen soll auch in Zukunft bezahlbar sein. Besonders unterstützt werden Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen. Dafür werden vom Senat zusätzliche Gelder bereitgestellt. Und Berlin baut mehr günstige Wohnungen.

55 Prozent der freiwerdenden Wohnungen städtischer Gesellschaften sollen Menschen mit Wohnberechtigungsschein vorbehalten sein. Die Mieten in Sozialwohnungen werden auf 30 Prozent des Nettoeinkommens begrenzt. Rund 26.000 Haushalte können diese Regelung in Anspruch nehmen. Die Kosten wer-

den im kommenden Jahr bei etwa 40 Mio. € liegen.

SPD und Senat hatten sich gemeinsam mit den Initiatorinnen und Initiatoren des Mieten-Volksbegehrens zusammen gesetzt und diese Regelungen entwickelt. Der Senat hat ein entsprechendes Gesetz eingebracht, das Anfang kommenden Jahres in Kraft treten soll. „Damit helfen wir schnell und effizient vor allem den einkommensschwächeren Haushalten“, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD). „Durch die Dämpfung der Mietentwicklung und den Wohnungsneubau profitieren davon aber alle Mieterinnen und Mieter Berlins.“

Zum Neubau von Wohnungen wird ein Fonds eingerichtet. Angesichts der deutlich gestiegenen Zahl von Schutzsuchenden werden die geplanten Neubauzahlen noch einmal nach oben angepasst. Dazu sollen Wohnungen auch in Leichtbauweise errichtet werden. 30.000 neue Wohnungen sind so 2016 möglich.

CHARITÉ

Bei über 80 Jahren liegt die Lebenserwartung in Berlin, besonders hoch ist sie in Charlottenburg-Wilmersdorf und in Treptow-Köpenick. Eine gute medizinische Versorgung trägt dazu bei – und das soll

auch so bleiben. Deshalb gehört die Charité zu den Einrichtungen, die von den Investitionen des Landes besonders profitieren.

Gerade wird das 21-geschossige Bettenhochhaus in Mitte grundsaniert. Nach der Fertigstellung 2016 wird es zu den modernsten Klinikgebäuden Europas gehören. Ausstattung der Stationen und Zimmer entsprechen neuesten medizinischen Erkenntnissen. Die Mittel dazu kommen aus dem laufenden Masterplan mit 380 Millionen Euro. Nun wird auch verstärkt in die Charité-Standorte Wedding und Steglitz investiert.

Mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2016/



Charité Campus Benjamin Franklin in Steglitz Foto: Charité

2017 wird den Hochschulen verbindlich Geld für die nächsten Jahre zugesagt. So konnte ein Sanierungsplan entwickelt werden, der zum Beispiel die vollständige Sanierung der Operationssäle im Klinikum Benja-

min-Franklin vorsieht, Fassadenerneuerungen oder eine Modernisierung der Psychiatrie. Nachdem der Bund die BAföG-Kosten übernimmt, werden die freiwerdenden Mittel in Bildung und Wissenschaft investiert. Die Charité erhält daraus in diesem Jahr 8 Millionen Euro. 53 Millionen kommen aus den Haushaltsüberschüssen des Landes, die über das SIWA-Programm zur Verfügung stehen. Damit kann am Charité-Klinikum Benjamin Franklin in Steglitz u.a. ein neuer Landeplatz für den ADAC-Rettungshubschrauber finanziert werden. 2014 flog der Hubschrauber rund 3700 Not-Einsätze. *uh*

Lust auf den Unterricht

Berlin saniert und baut neue Schulen – Mehr Kinder und Jugendliche an den Schulen

Darauf haben viele Schulleiterinnen und Schulleiter gewartet: Mit zusätzlichem Geld aus dem Landeshaushalt können jetzt Schulen renoviert, neue Sanitäranlagen gebaut und Schulergänzungsbauten verwirklicht werden.

Schulleiterin Ingrid Fuchs von der Marienfelder Schule in Tempelhof-Schöneberg ist optimistisch: „Ich freue mich sehr, dass die Kinder in der Marienfelder Schule endlich neue Sanitäranlagen bekommen. Die Situation mit den provisorisch errichteten Toiletten auf dem Schulhof war ja in der Vergangenheit nicht einfach. Besonders freut mich, dass die neuen zusätzlich gebauten Sanitäranlagen behindertengerecht errichtet werden.“

Klar ist: Berlin wächst und wird gleichzeitig jünger. Die Bevölkerungsgruppe der Schulbevölkerung wächst bis 2030 um bis zu 60.000 Einwohner und damit doppelt so schnell wie die Gesamtbevölkerung. Deshalb benötigt unsere Stadt zusätzliche Schulgebäude. Kurz- und mittelfristig kann zusätzlicher Bedarf durch den Bau von weiteren modularen Ergänzungsbauten oder durch die Reaktivierung ehemaliger Schulstandorte gedeckt werden. Langfristig muss Berlin zusätzliche Flächen für neue Schulbauten sichern und weitere Schulen bauen.

Um kurzfristig Schulraum zu schaffen, wurden im letzten Schuljahr an sieben Schulstandorten barrierefreie Ergänzungsbauten er-



Bildungssenatorin Sandra Scheeres vor den neuen mobilen Ergänzungsbauten an der Marienfelder Schule. Foto: Schulenberg

richtet. In diesem Jahr werden für 37 Mio. € zehn zusätzliche Ergänzungsbauten in sechs Bezirken und im nächsten Jahr 17 zusätzliche Ergänzungsbauten in acht Bezirken für 66 Mio. € errichtet.

Dabei war der Senat auch bisher nicht untätig: In den letzten fünf Jahren wurden 323 Mio. € über das Schulanlagensanierungsprogramm, 355 Mio. € über den sogenannten baulichen Unterhalt und über sonstige

Sonderprogramme weitere 508 Mio. € investiert. In der Summe sind das rund 1,2 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere 12 Mio. € für die Schul-Toiletten, von denen auch die Marienfelder Schule profitiert, und 18 Mio. € für zusätzliche modulare Erweiterungsbauten in 2015. Geld ist also zur Abwechslung mal nicht das Problem. Es geht jetzt eher um die Haltung und den Willen aller Beteiligten, die Mittel effektiv und nach transparenten Kriterien zu verbauen.

„Dort, wo dringender Handlungsbedarf besteht und die Standortsituation es zulässt, müssen vorhandene Schulgebäude durch Ergänzungsbauten kurzfristig erweitert werden. Es handelt sich um moderne Gebäude,

die alle qualitativen Anforderungen wie Barrierefreiheit, niedriger Energieverbrauch, Gruppen- und Teilungsräume und moderne Ausstattung wie Interaktive Whiteboards erfüllen“, sagt Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft.

„In Regionen, in denen der Bedarf erst zu einem späteren Zeitpunkt auftritt, werden selbstverständlich vollständig neue Schulgebäude errichtet, vorhandene erweitert oder teilweise vorerst nur die Flächen gesichert. Solcher Neubaumaßnahme geht grundsätzlich ein Partizipationsverfahren voraus und es wird ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt“, so die Senatorin.

Frank Schulenberg

MELDUNGEN

**ARBEITSMARKT:
WEITER STARKES
WACHSTUM**

Zwischen 2012 und 2015 sind in Berlin rund 109.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse hinzugekommen.

Allein zwischen Juni 2014 und Juni 2015 waren es 39.000 neue Jobs, ein Zuwachs um 3,1 Prozent. Damit liegt Berlin erneut deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 1,8 Prozent Zuwachs.

Damit gab es nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit in Berlin 1,308 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Zuwachs gibt es vor allem im Dienstleistungssektor, etwa in den Wachstumsbranchen Information und Kommunikation.

**FORSCHUNG:
BERLIN ERREICHT
SPITZENRANG**

Berlin ist der Spitzenstandort für Wissenschaft und Forschung in Deutschland. Das zeigt der neue Förderatlas der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG.

Bei den eingeworbenen DFG-Mitteln liegt Berlin nun deutlich vor dem Standort München auf Platz 1, so Wissenschaftssenatorin Sandra Scheeres. Auch in der regionalen Verteilung der Projektförderung des Bundes erreicht Berlin erstmalig den Spitzenrang. Sandra Scheeres: „Berlin ist nicht nur der größte Wissenschafts- und Forschungsstandort in Deutschland, sondern er zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Einrichtungen untereinander sehr dicht und bundesweit am besten vernetzt sind. Das sind hervorragende Perspektiven für die Zukunft.“

**MEDIEN:
BERLIN IST EUROPAS
TOP-FILMSTANDORT**

Eine positive Bilanz des Medienstandorts Berlin-Brandenburg zieht Björn Böhning, Chef der Senatskanzlei und Aufsichtsratsvorsitzender des Medienboard Berlin-Brandenburg.

Böhning: „Unsere Region ist Europas Top-Filmstandort. Die digitale Medienwirtschaft zeigt dynamisches und kontinuierliches Wachstum. Wir arbeiten intensiv daran, diesen wichtigen Wirtschaftszweig auszubauen und innovativ weiterzuentwickeln. Ich bin überzeugt: Wir haben viele gute Gründe, optimistisch in die Zukunft zu schauen.“

Großartige Hilfe

Berlin unterstützt die schutzsuchenden Menschen – Europäische Lösungen gefordert

Die Hilfsbereitschaft ist immens. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sorgen mit für die Essensausgabe, sie unterstützen den Unterricht in den Willkommensklassen, begleiten geflüchtete Familien bei Behördengängen. Spielzeug, Kleidung, Fahrräder werden gespendet. Hilfe, die für viele Geflüchtete ein erster Einstieg in ein neues Leben ist.

Die Einsetzung eines Koordinationsstabs durch den Regierenden Bürgermeister hat die Abstimmung zwischen den Behörden deutlich verbessert. Auch in den kommenden Wochen stehen Fragen der Unterbringung und Gesundheitsversorgung im Vordergrund. Schulplätze müssen gefunden werden. Noch muss vieles improvisiert werden. Die Angebote der Erstversorgung werden ebenso parallel mit Hochdruck organisiert, wie die Folgeversorgung der



Macht sich vor Ort ein Bild: Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat Foto: SenAIF

hier bleibenden Menschen, sprich: Wohnungen werden noch schneller gebaut als bisher geplant und Integrationsangebote geschaffen.

Damit das Land Berlin diese Herausforderung meistern kann, braucht es Unterstützung vom Bund. Hier sind die Länder im Gespräch

und auch Berlin macht sich für eine angemessene Finanzierung der Flüchtlingshilfe stark.

Berlins Regierender Bür-

germeister Michael Müller hat den zahlreichen Initiativen vor Ort für ihre Hilfe gedankt. Berlin wolle den schutzsuchenden Menschen „eine friedliche und sichere Heimstatt bieten, damit sie zur Ruhe kommen können“. Die meisten der Geflüchteten stammen aus den Bürgerkriegsregionen Syrien und Irak, einige kommen aus Pakistan und Afghanistan. In der Region befinden sich Millionen Menschen auf der Flucht, die Mittel des Flüchtlingshilfswerks UNHCR reichen nicht für eine angemessene Versorgung, eine Aufstockung wäre dringend geboten. Den Umgang vieler EU-Länder mit den Flüchtlingen bezeichnete der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), als „unwürdiges Spiel“ und „Versagen“. Dringend erforderlich ist eine europäische Lösung.

U.H.

Alles im Netz – auch die Arbeit?

Christian Hoßbach: Gewerkschaften gestalten die Arbeit 4.0

Computer und Internet sind allgegenwärtig. Einkaufen im Onlinehandel, mit Freunden verabreden über Facebook und Co., Reisen planen, Partner suchen: alles im „Netz“. Das hat unsere Freizeit massiv verändert. Es ist Zeit, auch über den anderen Teil unseres Lebens zu sprechen, über die Arbeit.

Durch die immer schnellere Datenübertragung und größeren Speichermöglichkeiten wird ein regelrechter Sprung in der Digitalisierung möglich, der unter „Industrie 4.0“ diskutiert wird und die Arbeit insgesamt beeinflusst, weit über die Industrie hinaus. Die Politik agiert bisher technikgläubig, jeder will dabei sein beim großen neuen Boom. Ein schillerndes neues Wort jagt das nächste. Zuwenig wird auf ganz konkrete Veränderungen geschaut, die nicht nur die Zukunft der Technik und die Zukunft von Unternehmensmodellen betreffen, sondern die Arbeit von der wir alle leben, die meisten jedenfalls.

Die Gewerkschaften und der DGB haben sich das Ziel gesetzt, „Arbeit der Zukunft“ offensiv zu diskutieren. Man kann grob in vier Aufgabebereiche unterscheiden, die in den Unternehmen und durch die Politik anzugehen sind:

1. Wirtschaftliche Chancen erkennen und nutzen. Wir müssen ein Interesse daran haben, dass auch deut-

Das Netz verändert unsere Freizeit massiv. Nun ist es Zeit, auch über den anderen Teil des Lebens zu sprechen, die Arbeit.



Christian Hoßbach ist stellvertretender Vorsitzender des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg. Foto: DGB

sche (und Berliner) Unternehmen Lösungen für die „Industrie 4.0“ anbieten können, am besten als Systemanbieter.

2. Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeit erkennen und lösen. Beispiel: Die ständige Erreichbarkeit über Smartphones ist attraktiv, aber sie macht auch krank. Erhebliche Datenschutzfragen sind zu lösen.

3. Für ein nachhaltiges, qualitätsorientiertes Produktionsmodell kämpfen. Es ist noch nicht entschieden, wie sich die Digitalisierung auf die Strukturen der Arbeit auswirkt. Möglich ist eine auseinanderstrebende Entwicklung mit vielen schlecht bezahlten, unsicher Beschäftigten, und vielen Spezialisten am oberen Ende. Möglich ist aber auch eine Weiterentwicklung des deutschen Erfolgsmodells mit einem starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zentrum, vereinfacht gesagt der Facharbeit. Die Entscheidungen hierzu fallen in den Unternehmen, deshalb brauchen wir bessere Möglichkeiten für die Mitbestimmung. Und sie fallen überall dort, wo Bildung und Fortbildung geregelt werden.

4. Die Digitalisierung ermöglicht neue Geschäftsmodelle. Dafür brauchen wir Regeln, um die bestehenden Unternehmen und Arbeitsplätze nicht schutzlos auszuliefern und um Arbeitnehmer zu schützen. „Clickworking“ und andere Formen der Häppchen-Selbstständigkeit mit Verdiensten unter Hartz IV-Niveau gibt es schon hunderttausendfach in Deutschland. Die Frage ist wie weit sich dies kaum geregelt ausbreiten kann. Hier geht es nicht nur um Verbote, aber auch. Und hier geht es um veränderte Rahmensetzungen – z. B. um einen neuen Anlauf zu einer Bürgerversicherung für alle.

INITIATIVEN: WO HILFE GEBRAUCHT WIRD

Viele Berlinerinnen und Berliner haben mit ihren Spenden schon geholfen. Jetzt ist es vor allem wichtig, sich in den Unterkünften oder bei den Initiativen vor einer Spende genau zu erkundigen, was tatsächlich gebraucht wird. Am größten ist die Nachfrage nach Geldspenden, Zeitspenden und persönlichem Engagement - aber auch dies variiert von Ort zu Ort.

Sommerkleidung ist inzwischen weniger gefragt, dafür aber Winterbekleidung an einigen Orten. Große Kleidergrößen werden deutlich weniger gesucht als kleine. Auch hier gilt es vor Ort nachzufragen oder sich im Internet zu informieren: In manchen Einrichtungen können die Spenden nicht mehr gelagert werden. Kleidung muss selbstverständlich gewaschen und intakt sein, Unterwäsche neu und originalverpackt.

Nahrungsmittel können nur in Originalverpackung entgegen genommen werden. Es muss erkennbar sein, ob sie den religiösen Vorschriften entsprechend zubereitet sind (halal). Auch mit gutgemeinten Schwarzbrotspenden wurde nicht immer der Geschmack getroffen.

Gerade dort, wo die Unterbringung in Zelten erfolgt, sind Teppiche gern gesehen. Besteck und Geschirr werden immer wieder gesucht, auch Baumwolltaschen.

Hilfreich sind auch Geldspenden für Taxis, BVG-Fahrscheine (2 Stunden Tickets AB), Handy-Guthabenkarten (lebara, eplus, lycos) oder Smartphones mit Ladekabel. Gutscheine für Drogeriemärkte werden ebenfalls benötigt, teilweise werden noch Regenkleidung und Schirme gesucht.

Das Netzwerk „Berlin hilft“, eine Kooperation der Berliner Flüchtlingshilfe-Initiativen, gibt auf seiner Internetseite regelmäßig einen tagesaktuellen Überblick über die jeweils bei den verschiedenen Initiativen benötigten Gegenstände und Materialien.

www.netzwerkfluechtlingeberlin.wordpress.com
www.berlin-hilft-lageso.de

Die Arbeiterwohlfahrt engagiert sich in verschiedenen Projekten für Flüchtlinge. Spenden: IBAN DE82 1203 0000 1020 0421 21, BIC BYLADEM1001, Deutsche Kreditbank AG, AWO Landesverband Berlin e.V., Blücherstr. 62, 10961 Berlin, Telefon: (030) 2 53 89-0

Die Berliner Stadtmission koordiniert mit ihrer Ehrenamts-Börse Einsatzstellen für freiwillige Helferinnen und Helfer: Carolin Reifenberg, Tel. (030) 690 33-436

Der ASB-Fachdienst Katastrophenschutz und Notfallvorsorge betreut ehrenamtlich die Notunterkunft im Gebäude des Rathauses Wilmersdorf. Spendenkonto: IBAN: DE22 1002 0500 0001 1560 01, BIC: BFSWDE-33BER, Stichwort: „Notunterkunft Wilmersdorf“

Die Caritas ist für die Campusorganisation auf dem Gelände des Landesamt für Gesundheit und Soziales zuständig. Ansprechpartner: Peter Wagener, Leiter Ehrenamt und Fundraising, Telefon: (030) 666 33-10 44

Auf den Spuren der Teilung

Berliner Museen und Gedenkorte erinnern an 25 Jahre Deutsche Einheit

Hunderttausende wollten in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 dabei sein: Vor dem Reichstag feierten sie, als um Mitternacht die deutsche Einheit auch juristisch Wirklichkeit wurde.

Ein paar Stunden später begann das offizielle Fest der Einheit Unter den Linden. Neben dem Palast der Republik drehte sich ein Riesenrad mit weitem Ausblick über die Stadt.

Ein Ausblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die den politischen folgten, war dagegen nur schwer möglich. Unterschiedslos gingen Tausende von Arbeitsplätzen in beiden Teilen der Stadt verloren, manche Unterschiede im Rentenrecht oder beim Lohnniveau sind dagegen auch 25 Jahre nach der deutschen Einheit noch geblieben. Viele Spuren der Teilung sind verschwunden und finden sich heute nur noch in Berliner Museen.

Deren Besuch lohnt sich nicht nur für Touristen. Längst vergessener Alltag wird an vielen Orten wieder lebendig. Zum Beispiel in der Plattenbau-Museumswohnung in der Hellersdor-



In der Kieler Straße in Mitte steht einer von drei erhalten gebliebenen Wachtürmen der DDR-Grenzanlagen in Berlin (links). Mauergedenken Bernauer Straße: Ein Modell zeigt den früheren Verlauf der Mauer (rechts).



Fotos: Ulrich Horb

fer Straße 179 (12627 Berlin, geöffnet sonntags 14 bis 16 Uhr), 1986 gebaut, in der auf 61 Quadratmetern liebevoll von Mitarbeitern und Mietern der Wohnungsgesellschaft Stadt und Land zusammengetragene Einrichtungsgegenstände gezeigt werden.

Mehr davon finden sich im privaten DDR-Museum (Karl-Liebknecht-Str. 1, gegenüber dem Berliner Dom), vom Winkelement bis zur Karat Schrankwand und zum orangefarbenen

Mixer. Wem der dort ausgestellte Trabi mit Fahrsimulator nicht ausreicht, findet unweit des Checkpoint Charlie in der Zimmerstraße ein eigenes Trabi-Museum mit einer Vielzahl von um- und ausgebauten Modellen. Ein paar Meter weiter versetzt der Künstler Yadegar Asisi mit seinem großformatigen Mauer-Panorama die Besucher zurück in die Zeit, als buntemaltes Beton in Richtung Westen, Grenzstreifen und Hinterlandmauer gen Osten

Berlins Stadthälften trennten. Eine Bildergalerie mit 320 Tafeln stellt an der Friedrichstraße die bedrohliche Konfrontation dar, die am Schauplatz Berlin zwischen Ost und West stattgefunden hat, etwa als 1961 amerikanische und sowjetische Panzer in bedrohlicher Haltung am Checkpoint Charlie auffuhren. Die „Black Box Kalter Krieg“ als Keimzelle eines künftigen Museums liefert dazu die historischen Hintergründe. Das private Museum „Haus am

Checkpoint Charlie“ auf der anderen Straßenseite zeigt in seiner Sammlung u.a. Fluchtutensilien und Werkzeuge von Fluchthelfern.

Vor einem Grenzabfertigungshäuschen am Checkpoint Charlie posieren Schauspieler in Uniformen der Alliierten für Touristen. Echte alte Grenzbefestigungsanlagen sind noch an der Bernauer Straße zu sehen, ein erhalten gebliebener Wachturm steht in der Kieler Straße in Mitte, um-

geben von Neubauten. Einige Mauersegmente blieben auch in der Nähe des Berliner Abgeordnetenhauses erhalten.

Den Wandel vom Preußenschloss zum Amtssitz des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck, Sitz des Staatsrates der DDR und späterem DDR-Gästehaus zeigt das Schloss Schönhausen in der Pankower Tschaiakowskistraße 1.

Das Schicksal politischer Häftlinge in der DDR rückt die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen in der Genslerstraße 66 in den Blick. Hier werden Haftmethoden und Schikanen der Staatssicherheit augenfällig, deren Sitz in der Normannenstraße war. Dort zeigt eine neu eröffnete Dauerausstellung nicht nur das original eingerichtete Arbeitszimmer mit dem Schreibtisch des Stasi-Chefs Erich Mielke, im Stasi-Museum in der Ruschestraße 103 werden auch die Methoden der Überwachung und Bespitzelung gezeigt. Der Sänger Udo Lindenberg hat einige Objekte aus seinem Privatarchiv für eine Sonderausstellung beige-steuert. U.H.

Der Herr der Linien

Mondrian-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau



Piet Mondrian: »Komposition in Oval mit Farbflächen 2« (1914)



Selbstportrait (1918)

© Gemeentemuseum Den Haag, Niederlande

Die Neue Nationalgalerie in Berlin, als architektonisches Meisterwerk der klaren Linien von Ludwig Mies van der Rohe konzipiert, öffnete im September 1968 ihre Pforten mit Exponenten eines anderen Vertreters der klaren Linien: Piet Mondrian. Nun kehrt der Niederländer mit 50 Gemälden und Zeichnungen nach Berlin zurück: in den Martin-Gropius-Bau.

Kunstdrucke von Mondrians Werken schmücken Schulflure ebenso wie jene

von Van Gogh oder Picasso. Beiden aber war Mondrian nah und doch so fern. Charakteristisch sind seine Bilder mit Linien, mehr oder weniger rechteckigen Flächen.

Piet Mondrian, 1872 in Amersfoort geboren, studierte in Amsterdam die zeitgenössischen Impressionisten. Von ihnen inspiriert malt er Felder, Bauernhöfe, Türme und beginnt in seiner Maltechnik zu experimentieren. In Paris beeinflusst ihn der abstrakte Kubismus. In seinen Bildern

strebt er nach einer Harmonie von Linien, Flächen und Farben, entfernt sich von Figuren. Er überrascht bereits 1913 im Berliner Herbstsalon.

In den 1920er/30er-Jahren präsentiert er seine Werke in Stockholm, Wien, Paris und New York. Er experimentiert mit seinen Gitterstrukturen, nennt sie Kompositionen. Die von Nazi-Deutschland ausgehende Bedrohung in Mitteleuropa ängstigt den Künstler. Er siedelt 1938 nach London, 1940 nach New York um.

Dort findet er neue Inspiration und verändert seinen Stil, weicht von den schnurgeraden Linien ab. Piet Mondrian stirbt 1944 an der Folgen einer Lungenentzündung

Gunter Lange

„Piet Mondrian. Die Linie“. Die Ausstellung ist bis zum 6. Dezember 2015 im Martin-Gropius-Bau zu sehen. Öffnungszeiten: Mittwoch bis Montag 10-19 Uhr. Eintritt 11,- €, ermäßigt 8,- €

Geschmackstest

Müller besucht Eis-Imperium in Spandau



Foto: Thomas Platow/Landesarchiv

Handgemacht, klimaneutral und lecker – Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller besuchte die Spandauer Erfolgsgeschichte Florida-Eis.

Berlins Wirtschaft ist geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen wie der Firma Florida-Eis. 1984 vom Geschäftsführer Olaf Höhn übernommen, hat sich das Spandauer Traditionsunternehmen in den letzten dreißig Jahren von einer kleinen Eisdiele zu einem mittelständischen „Eis-Imperium“ weiterentwickelt.

Im Rahmen seiner Wirtschaft- und Innovationstour, die den Regierenden Bürgermeister Michael Müller im Sommer zu einer Vielzahl von Unternehmen, Startups und Forschungseinrichtungen geführt hat, besuchte er auch den Ort, an dem das begehrte Eis hergestellt wird – die Manufaktur auf dem ehemaligen Spandauer Alliierten-

flughafen. Müller zeigte sich dabei schwer beeindruckt von den Produktionsmethoden, denn von der Bearbeitung der Zutaten bis zur Portionierung erfolgt die Herstellung in Handarbeit. Und auch beim Bau der Manufaktur hat Geschäftsführer Höhn auf Nachhaltigkeit Wert gelegt. So ist die gesamte Produktion CO2-neutral und leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz.

Diese Geschäftsphilosophie bleibt nicht ohne Folgen: In den letzten Jahren hat der Umsatz auch dank neuer Vertriebswege einen dynamischen Zuwachs erfahren. Die erst vor drei Jahren eröffnete Manufaktur könnte sogar schon bald wieder zu klein sein. „Florida-Eis ist eine wahre Berliner Erfolgsgeschichte“, so Michael Müller, der beim Geschmackstest besonderen Gefallen an der Sorte Latte Macchiato fand.

Dr. Thomas Letz

Gut zu wissen

Stadtblatt-Service: Zuviel Vitamine – neue Erbschaftsregeln – Haushaltstipps – Einbruchschutz – Hilfe bei Krebs

ÜBERFLÜSSIGE VITAMINE

Wer sich etwas Gutes tun will, schluckt oft Vitamine. Immer mehr Mediziner warnen jetzt allerdings vor dem bedenkenlosen Griff zur Pille oder Sprudeltabelle. Denn so schlecht ist trotz etlicher industrieller Nahrungsmittel bei normaler, abwechslungsreicher Ernährung die Versorgung mit Vitaminen und Mineralstoffen nicht. Ein Zuviel kann dagegen schwere Schäden anrichten.



Vitaminpräparate: Oft zuviel des Guten. Foto: fotolia.com - Pixelot

So kann eine Überdosis von Vitamin A Leber und Nieren schädigen. In Studien wurde zudem bei Rauchern eine Erhöhung des Lungenkrebsrisikos festgestellt. Empfehlenswerter ist der Griff zu Obst und Gemüse, das Beta-Carotin enthält. Hier reguliert der Körper selbst die Vitaminumwandlung. Zuviel Vitamin E beeinflusst die Wirkung von Blutgerinnungsmitteln

und kann offenbar das Diabetes-Risiko steigern. Wer hochdosiertes Vitamin C über einen längeren Zeitraum einnimmt, neigt möglicherweise zu Nierensteinen. Den Tagesbedarf decken zwei frisch gepresste Orangen oder 100 Gramm Brokkoli. Insgesamt sollten die Vitamin- und Mineralstoffpräparate sparsam eingesetzt werden, die empfohlene Tagesdosis nicht überschritten werden. Nur wer sehr selten an die Sonne kommt, könnte sich mit der Einnahme von Vitamin D behelfen.

EUROPÄISCHES ERBE

Seit dem 17. August 2015 gilt die neue EU-Erbrechtsverordnung. Sie ist für alle diejenigen wichtig, die sich längere Zeit des Jahres im Ausland aufhalten. Denn jetzt ist nicht die Nationalität entscheidend dafür, welches Erbrecht gilt. Hat sich der Erblasser beispielsweise überwiegend in Spanien aufgehalten, wird für das gesamte Erbe, also auch den Besitz in Deutschland, das spanische Erbrecht angewandt.

„In der Vergangenheit kam es vor, dass sich Gerichte aus verschiedenen Ländern mit ein und demselben Erbfall befassen mussten. Jetzt ist von vorneherein klar, welches Recht angewendet wird“, sagt Karolina Wojtal, Juristin beim Eu-

ropäischen Verbraucherschutzzentrum Deutschland. Wer als Erblasser eine andere Regelung will, sollte in seinem Testament eine klare Regelung treffen und sich durch einen Notar oder Rechtsanwalt beraten lassen.

Neu ist auch das Europäische Nachlasszeugnis. Hiermit können Erben und Nachlassverwalter überall in der EU leichter ihre Rechtsstellung nachweisen, denn es ähnelt dem Erbschein. An der EU-Erbrechtsverordnung beteiligen sich 25 Mitgliedstaaten. Nur für Dänemark, Großbritannien und Irland gelten die neuen Regelungen nicht.

ALLTAG IM GRIFF

Bei der Stiftung Waren-test arbeitete Jutta Hertlein über Jahrzehnte als Redakteurin, im Berliner Abgeordnetenhaus war sie einige Jahre verbraucherpolitische Sprecherin der



Über den Umgang mit Geld, Zeit und anderen Ressourcen

SPD-Fraktion. Jetzt hat sie auf 48 Seiten ihre verbraucherpolitischen Erfahrungen unter dem Titel „Alltag im Griff“ veröffentlicht.

Ein Grundgedanke zieht sich durch alle Kapitel: der vernünftige, umweltschonende Umgang mit Ressourcen. Das gilt auch für die Ressourcen Zeit und Geld. Mit einer Bestandsaufnahme der Fixkosten lassen sich Einsparpotentiale erkennen, es gibt Tipps zu Vorsorge und Versicherungen, aber auch praktische Hinweise, mit denen sich Ausgaben vermeiden lassen. Erläutert werden Grundprinzipien der Zeiteinteilung, es gibt jenseits von Geschmacksfragen Einrichtungstipps für eine praktische Küche oder die funktionale Beleuchtung. Ein eigener Abschnitt ist dem Thema Essen gewidmet, der Lagerung von Speisen ebenso wie dem Umgang mit Mindesthaltbarkeitsdaten. Gesundheitstipps und Hinweise auf günstige Freizeitangebote runden die Broschüre ab.

Manches klingt simpel, aber immer sind die Tipps hilfreich. Die Zusammenstellung gibt einen vielseitigen und einfachen Überblick über alles, was mit der Haushaltsführung zusammenhängt.

Die Broschüre kostet 4,- € zzgl. 1,- € Versandkosten. Zu bestellen ist sie per E-Mail unter hertag_25@web.de.



Wer sich besser gegen Einbruch schützen will, kann dafür Zuschüsse vom Staat beantragen. Foto: fotolia.com - Gina Sander

SCHUTZ VOR EINBRUCH

Der Einbau von Alarmanlagen, sicheren Türen und Fenstern sowie Gittern zum Schutz gegen Einbrecher wird vom Staat mit Zuschüssen von insgesamt 30 Millionen Euro gefördert.

Darauf weist die Bundestagsabgeordnete Eva Högl (SPD) hin. Künftig werden 20 Prozent der Investitionen bezuschusst, maximal bis zu 1500 Euro pro Auftrag. Das Mindestvolumen der Investitionen liegt bei 500 Euro.

Die Statistik zeigt: Sicherheitstechnik an Häusern und Wohnungen kann Wohnungseinbrüche verhindern. Daher werden Hauseigentümer und Mieter künftig bei solchen Investitionen unterstützt.

Die Zuschüsse für Investitionen in einbruchsichere Türen, Schlösser oder Fenster aus dem neuen Förderprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ können zusätzlich zu der steuerlichen Absetzbarkeit der Handwerkerleistungen in Anspruch genommen werden. Eva Högl: „2014 scheiterten rund 40 Prozent der Wohnungseinbrüche wegen geeigneter Sicherheitstechnik.“

RAT FÜR JUNGE ERWACHSENE MIT KREBS

Sie sind zwischen 18 und 39 Jahren – junge Menschen mitten im Leben, mit Träumen und Zielen. Dann kommt der Krebs und alles bekommt ein Fragezeichen.

Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: BÜCHER ZUR BERLINER GESCHICHTE

WAAGERECHT

- Ä = AE
6 Effektiv
7 Kanadischer Nationalbaum

9 Muttis Liebling

10 Zupackendes Mitmachen

11 Uneins

13 Chemisches Element

mit dem Elementsymbol Bi

15 Regsam und wendig

17 Faserpflanze für die Teppichproduktion

18 Markenzeichen

19 Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik

20 Unbezahlte, aber dringend nötige Tätigkeit

23 Vermerk

26 Saugwurm, der gerne Blut leckt

27 Chinesisches Zockerparadies

28 Injektionsbehälter

22 Gesichtszug

24 Dativ und Akkusativ von ihr

25 Volk in Südostasien

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine soziale Eigenschaft, die viele Berliner zu Hilfsbereitschaft und Engagement beflügelt und antreibt.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum

30. Oktober 2015

per Post an das

Berliner Stadtblatt

Müllerstraße 163

13353 Berlin

oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de

DIE GEWINNE

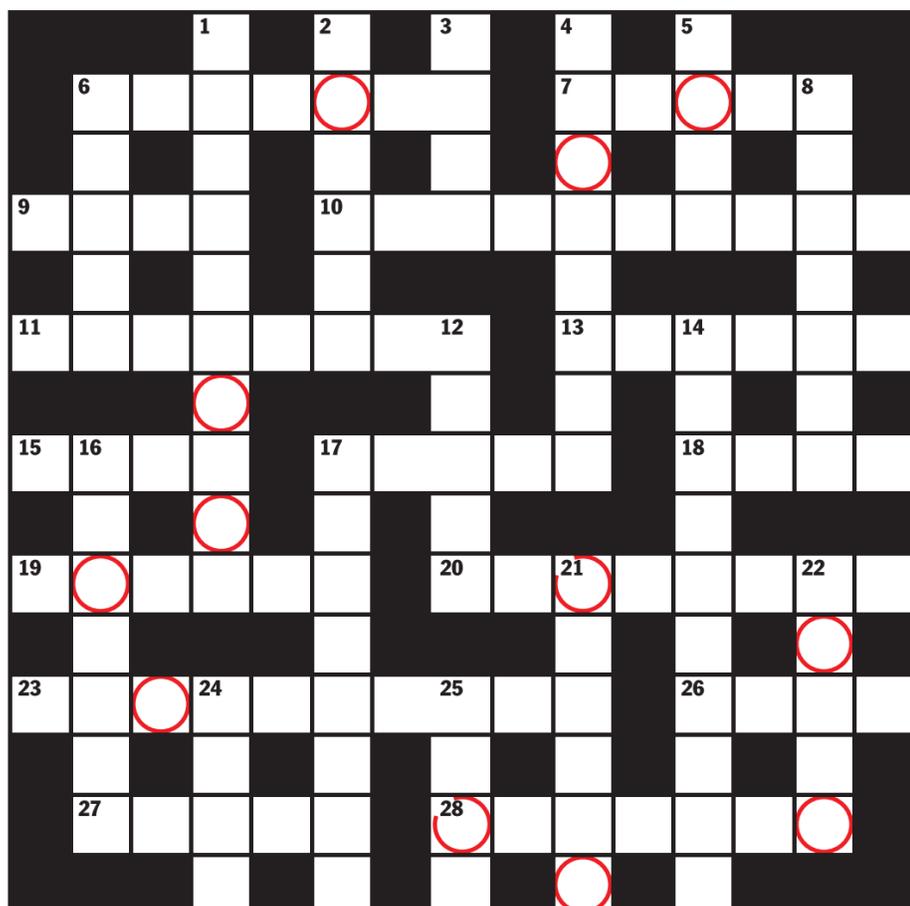
Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir zehn Bücher zur Geschichte der Stadt.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war:

STRANDKORB

Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden per Post benachrichtigt.



MEINUNG

Der Staat muss neutral bleiben

Senatorin Dilek Kolat zum Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts

In Berlin gibt es mehr als 250 Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften. In einer konfessionell so vielfältigen Gesellschaft wie dieser ist die staatliche Neutralität von besonderer Bedeutung. Und nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das ein pauschales Verbot des Kopftuchs im Schuldienst für unzulässig erklärt, muss der Staat Flagge zeigen, wenn er seine weltanschauliche Neutralität bewahren will. Er muss die negative Religionsfreiheit der Schülerinnen und Schüler und Eltern weiterhin schützen.

Auch die aktuelle Forsa-Umfrage, wonach je etwa die Hälfte der Berliner ein Kopftuch bei Lehrerinnen in Ordnung findet oder ablehnt, zeigt vor allem, dass wir in einer vielfältigen Stadt leben. Das Kopftuch gehört in vielen Bereichen unserer Gesellschaft zur Normalität, auch im Staatsdienst, etwa im allgemeinen Verwaltungsdienst von Behörden.

Nur in wenigen hoheitlichen Bereichen gibt es Einschränkungen – dort, wo sich Bürgerinnen und Bürger der Staatsgewalt nicht entziehen können: Gegenüber der Polizei, im Justizvollzug, aber auch in der Schule. Hier sichert das geltende Berliner Neutralitätsgesetz die Neutralität des Staates.

Was die Schule angeht, ist eine Gratwanderung unvermeidlich, wenn man die Rechtsgüter abwägt: Lässt der Staat für Lehrkräfte religiöse Bekleidung zu, beeinträchtigt das die negative Religionsfreiheit, also einiger Eltern. Ein Verbot solcher Kleidung schränkt wiederum die Religionsfreiheit von Gläubigen ein. Beide Grundrechte sind aber gleichermaßen zu schützen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2003 zunächst entschieden, dass die Bundesländer die Religionsfreiheit im Staatsdienst gesetzlich einschränken dürfen. In Berlin wurde daher 2005 das Neutralitätsgesetz verabschiedet. Es hält alle Religio-



Dilek Kolat, Bürgermeisterin von Berlin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, SPD

nen gleich fern vom Staat.

Ob es nach der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch verfassungskonform ist, prüft Berlin derzeit. Denn Karlsruhe hatte im Januar (zu einem Fall in Nordrhein-Westfalen) entschieden,

dass ein generelles Kopftuchverbot das Grundrecht der Religionsausübung verletze. Die Richter unterscheiden zwischen „abstrakter“ und „konkreter“ Gefahr. Für sie stellt das Tragen des Kopftuchs nur eine „abstrakte“ Gefährdung des

Neutralitätsgebots dar. Das allein reiche nicht aus, das Grundrecht einer Lehrerin auf freie Religionsausübung einzuschränken. Vielmehr sei eine „konkrete“ Gefahr für den Schulfrieden nötig, etwa wenn sich Eltern dagegen wendeten. Wann eine „abstrakte“, wann eine „konkrete“ Gefahr vorliege, müsse letztlich die Schule definieren. Und da fangen die Probleme an: Wie soll das im Alltag entschieden werden? Wann genau sind der Schulfrieden oder die Neutralität der Schule gefährdet? Müssen handfeste religiöse Konflikte vorliegen? Ich fürchte, dass bereits die Debatte darüber den Schulfrieden stören könnte.

Das Bundesverfassungsgericht wirft damit neue Probleme in der Praxis auf. In Berlin ganz besonders: Die religiöse Neutralität ist ja nicht nur in Zehlendorf relevant, wo christliche Eltern durch eine kopftuchtragende Lehrerin die Neutralität des Staates beeinträchtigt sehen und sich gegen eine solche

Pädagogin wenden könnten. Sie gilt auch für Neukölln, wo über 80 Prozent der Schüler muslimischen Glaubens sind und die Eltern eine kopftuchtragende Lehrerin womöglich begrüßen. Misst der Staat nicht mit zweierlei Maß, wenn er nun in Neukölln keine „konkrete“ Gefahr feststellt? Denn mit welcher Begründung wäre dann das Kopftuch in Zehlendorf eine „konkrete“ Gefahr? Fördert der Staat so am Ende gar eine Parallelstruktur?

Es wäre falsch, unser Neutralitätsgesetz für überholt zu erklären und das Gebot zur staatlichen Überparteilichkeit in Frage zu stellen. Unser säkularer Staat leitet sich aus der Tradition der Aufklärung ab. Ziel war es, das Zusammenleben aller Religionen in einem neutralen Staat zu ermöglichen. Das Neutralitätsgesetz setzt dieses Prinzip in eine Norm um. Vielleicht muss das Gesetz angepasst werden. Das Prinzip ist aber weiterhin Staatsmaxime.

Sterben in Würde

Die schwierige Diskussion über das würdige Lebensende

Wie will ich sterben? Wie soll das aussehen - mein selbstbestimmtes Sterben? Darf mir jemand dabei helfen?

Wird mit einer erlaubten Beihilfe zum Suizid Druck auf Schwache und Einsame ausgeübt? Ist die Debatte um Sterbehilfe nicht vor allem eine um die Frage: In welcher Gesellschaft will ich leben? Diese sehr persönlichen Fragen werden derzeit breit diskutiert.

Die moderne Medizin stellt uns am Lebensende vor die Frage, wie das Sterben gestaltet und begleitet werden kann. Die Vorschläge reichen von einem völligen Verbot bis hin zu einer geregelten Freigabe von Beihilfe zum Suizid.

Aktuelle Situation in Deutschland

- Die passive Sterbehilfe (Sterbenlassen durch Unterlassen oder Abbruch lebensverlängernder Maßnahmen) ist erlaubt, wenn sie dem erklärten Willen des Menschen entspricht.
- Indirekte Sterbehilfe (Inkaufnahme eines verfrühten Todes aufgrund einer schmerzlindernden Behandlung im Einverständnis mit der/dem Betroffenen) ist zulässig.
- Assistierter Suizid (Hilfe bei der Selbsttötung etwa durch Bereitstellen eines Mittels, das die Person selbst zu sich nimmt) ist nicht verboten, kann aber strafbar sein als Mitwirkung an einem nicht frei-



Mechthild Rawert, MdB

verantwortlichen Suizid. Ein Strafbarkeitsrisiko besteht zum Beispiel, wenn die Ärztin/der Arzt die Rettung eines handlungsunfähig gewordenen Menschen unterlässt.

- Die aktive Sterbehilfe (Töten auf Verlangen zum Beispiel mithilfe einer tödlichen Substanz) ist als Tötung auf Verlangen strafbar. Sie ist weltweit nur in wenigen Ländern erlaubt, etwa in Belgien.

Vier Gesetzesentwürfe liegen vor

Der Bundestag wird im November 2015 über vier fraktionsübergreifende Anträge zur Sterbebegleitung abstimmen. Für jede einzelne Abgeordnete und jeden einzelnen Abgeordneten ist das eine Gewissensfrage. Alle Gesetzesentwürfe eint, dass die aktive Sterbehilfe weiterhin strafbar bleibt.

- Ein Gesetzesentwurf will geschäftsmäßige Hilfe beim Suizid von Sterbehilfeor-

ganisationen und Einzelpersonen, die auf Wiederholung angelegt ist, strafrechtlich verbieten.

- Mehr Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte, die Hilfe bei der Selbsttötung leisten, sieht ein anderer Gesetzesentwurf vor.
- Die Hilfe bei der Selbsttötung explizit erlauben will ein weiterer Gesetzesentwurf, und zwar auch für organisierte und nicht kommerzielle Sterbehilfe. Kommerzielle Sterbehilfe soll hingegen strafbar sein.
- Die Hilfe beim Suizid generell unter Strafe zu stellen, sieht schließlich der vierte Gesetzesentwurf vor.

Im Vorfeld der Entscheidung im Bundestag möchte ich die ethischen, medizinischen und juristischen Aspekte der Sterbebegleitung erörtern und die Erfahrungen vieler Menschen einbeziehen. Wie erleben Sie den Umgang unserer Gesellschaft mit Alter, Krankheit und Tod? Bitte senden Sie mir Ihre Meinungen und Erfahrungen an mein Bundestagsbüro. Sie sind für meine Entscheidungsfindung wichtig und somit herzlich willkommen.

Mechthild Rawert

KONTAKT

Mechthild Rawert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
mechthild.rawert@bundestag.de

Festlicher Schulanfang

Mariendorf: Bunte Schultüten für wackere Abc-Schützen

Schulanfang! Große Aufregung im Festsaal des Übergangwohnheims Mariendorf. Mohammed, Ava und ihre Freundinnen und Freunde warten auf ihre selbstgebastelten Schultüten, die nun, gefüllt mit allerlei Leckereien, übergeben werden sollen – und Mama, Papa, Brüder und Schwestern sind genauso aufgeregt.

Ayten Dogan und Orkan Özdemir von der Arbeitsgemeinschaft Migration hatten die Bastelaktion organisiert und dank vieler Spenden nicht nur Süßes sondern auch Nützliches für die kleinen Abc-Schützen besorgt. Nach einer rasanten Vorführung der Kindertanzgruppe ist es dann soweit!



Viel Spaß bei der Übergabe der Schultüten hatten nicht nur die Kinder, sondern auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert!
Bild: Petra Rudolphi-Korte

Mohammed aus Syrien steht stolz neben seinem Vater. Jetzt ist er auch ein Schulkind – wie seine große Schwester Ava! Seit vier Monaten ist er hier und spricht schon etwas Deutsch. Auf

die Frage, worauf er sich am meisten freut, antwortet er: „Ich will Schreiben lernen!“ Das hört seine Lehrerin sicher gern.

Petra Rudolphi-Korte

BUND GIBT VIER MILLIONEN EURO FÜR TOWER THF (FLUGHAFEN TEMPELHOF)



Das Land Berlin war mit der Bewerbung mit der Projektskizze Tower THF für das vom Bund neu aufgelegte Förderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ erfolgreich und hat den Zuschlag zur Förderung erhalten. Mit dem Projekt Tower THF soll der so genannte Kopfbau West, der den Tower beinhaltet, für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Vom Tower aus genießt mensch einen spektakulären Blick über die Stadt, der früher nur den Fluglotsen vergönnt war. Die Weite

des Feldes, die gigantischen Ausmaße des Flughafengebäudes und die faszinierende Rundumsicht über die Stadt soll nun auch für BerlinerInnen und StadtbesucherInnen erlebbar werden. Die Fördersumme von 4 Mio. Euro wird benötigt, um einen barrierefreien Zugang zu schaffen. Die Begehbarkeit des Daches des Kopfbau West ist ein erster Schritt zur Verwirklichung der Vision, das Dach des Flughafengebäudes für die Öffentlichkeit nutzbar zu machen.

Manuela Harling

„Ruinen und Rolleiflex“ und „Das zerstörte Schöneberg“

Eine Ausstellung und ein Buch zur Bezirksgeschichte

In einer kleinen bewegenden Feierstunde wurde im August im Jugendmuseum Schöneberg die Ausstellung „Ruinen und Rolleiflex“ eröffnet und gleichzeitig als Begleitpublikation das Buch „Das zerstörte Schöneberg“ vorgestellt.

Der Rauch über der Berliner Ruinenlandschaft war verzogen, Trümmerfrauen hatten ganze Arbeit geleistet, Kriegsschutt war ordentlich an Straßen aufgehäuft und wuchs zu Trümmerbergen heran. Der Umgang mit den leeren Ruinen, die dem Wiederaufbau Berlins im Wege standen, veranlasste das Baulenkungsamt von Schöneberg zu einer fotodokumentarischen Auflistung der zerstörten Häuser. Per Dienstauftrag fuhr der Tempelhofer Berufsfotograf Herwarth Staudt gemeinsam mit seiner Frau Rut von 1949 bis 1957 systematisch Schöneberger Straßenzüge ab und hielt mit 5.000 Fotoarbeiten Ruinen und Trümmergrundstücke, aber auch Menschen und Straßenszenen, mit seiner Rolleiflex fest. Sie sind die Grundlage



Die beiden Autorinnen Gudrun Blankenburg und Irene von Götz bei der Eröffnung der Ausstellung zum Leben und Wirken des Tempelhofer Fotografen Herwarth Staudt und seinen beeindruckenden Bildern.

Bild: Hendrik Bäßler, Berlin

für eine beeindruckende Ausstellung, die die Stimmung der damaligen Zeit festhalten. Den Fotos wurden teilweise Aufnahmen von vor der Zerstörung der Gebäude und Plätze gegenübergestellt. Besonders den Plätzen widmet die Ausstellung große Aufmerksamkeit, aber auch den Gebäuden, die aus dem heutigen Stadtbild verschwunden sind, wie zum Beispiel die Synagoge in der Münchener Straße. Interessanter Bestandteil der Ausstellung sind die

„Forschungsergebnisse“ von Schöneberger Kindern und Jugendlichen, die sich mit der Nachkriegsgeschichte in ihrem Bezirk beschäftigt haben. Allerhand Arbeitsmaterialien aus dem Privatbesitz hat die Familie Staudt für die Dokumentation beigegeben, so dass ein fast intimer Eindruck vom Leben und Arbeiten des Fotografen entsteht.

Diese Stimmung haben die Autorinnen Gudrun Blankenburg und Irene von Götz aufgegriffen und in

Zusammenarbeit mit dem Museum den Lebensweg des Fotografen Herwarth Staudt und seiner Frau aufgezeichnet, beginnend beim Großvater, der als Kaiserlicher Hoffotograf ein Atelier an der Ecke Friedrichstraße und Unter den Linden hatte und auf Porträt- und Militärfotografie spezialisiert war, bis hin zum Enkel, der in der schwierigen Nachkriegszeit seine Ausbildung als Fotograf absolvierte, dabei seine Frau Rut kennen lernte, später als freier Pressefotograf arbeitete und schließlich 1954 bei der BVG - fest angestellt - Busbahnhöfe, neu errichtete Haltestellen und Straßenbahnlinien, Reparaturwerkstätten und deren Prozessabläufe und für alle Werbebroschüren fotografierte. Gudrun Blankenburg umgibt diesen Lebenslauf mit viel Kenntnis und einer großen Reihe von Fotos mit der Geschichte Berlins und insbesondere der des Bezirks Schöneberg. Es liest sich interessant und spannend - der Lebenslauf eines Fotografen und eines Bezirks. *Eva Liebchen*

BUCHTIPP

Gudrun Blankenburg · Irene von Götz

Das zerstörte Schöneberg Ruinenfotos von Herwarth Staudt



„Das zerstörte Schöneberg“ Gudrun Blankenburg, Irene von Götz (Hrsg.), ISBN 978-3-030388-97-4, 167 Seiten mit vielen Abb., 21,95 €.

LESUNGEN DER AUTORIN:

Freitag, 16.10., 20 Uhr

im Buchladen Bayerischer Platz, Grunewaldstr. 59

Donnerstag, 05.11., 18:30 Uhr

im Museum Schöneberg, Hauptstr. 40.

AUSSTELLUNG

Die Ausstellung läuft bis zum **30. Dezember 2015**, Museum Schöneberg/Jugendmuseum, Hauptstraße 40, 10827 Berlin, Mo - Do 14 - 18 Uhr, Freitag 9 - 14 Uhr, Sa/So 14 - 18 Uhr. Eintritt frei. www.jugendmuseum.de



Das Ehepaar Leber auf einer Bank - Vorbild für eine Reihe Fotos der Ausstellung.



Engagierte Menschen auf einer Bank vor Lebers Kohlenhandlung.



Ingo Siebert (li.) vom August-Bebel-Institut eröffnet die Ausstellung.



Der Fotograf Berthold Prächt und Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler.

Alle Fotos Ulrich Horb

Topos Widerstand

Neue Entwicklungen für Lebers Kohlenhandlung

Ein engagiertes Ehepaar im Einsatz für die Demokratie und im Widerstand gegen Hitler. Dieses Bild, das Annedore und Julius Leber auf einer Bank sitzend zeigt, hat der Fotograf Berthold Prächt aufgegriffen, um Menschen unserer Zeit - darunter viele engagierte Menschen - auf einer Bank sitzend ins Bild zu setzen.

Die Bilder entstanden vor der früheren Kohlenhandlung in Schöneberg, die Lebers gehörte und deren ursprünglich geplanter Abriss momentan viele Menschen bewegt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Julius Leber war 1933 von den Nazis ins KZ gebracht worden. Nach der Entlassung 1937 hatte er gemeinsam mit seiner Frau Annedore den Widerstand organisiert. Als Teilnehmer am Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er im Januar 1945 hingerichtet.

Ein Mahn- und Gedenkort soll nach Vorstellung einer Initiative in der ehemaligen Kohlenhandlung entstehen. Mittlerweile hat auch Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler die Forderung zur Chefsache gemacht.

In einer Ausstellung in der Galerie des August Bebel Instituts wurde im September über die aktuelle Auseinandersetzung informiert, aber natürlich auch über Leben und Wirken Annedore und Julius Lebers. Ein vielfältiges Begleitprogramm, an dem sich auch das von Annedores Initiative zurückgehende Berufsbildungswerk engagierte, stellt die Themen der Ausstellung zur Diskussion. Hoffentlich können bald Ausstellung und die Fotos von Berthold Prächt auch in dem Mahn- und Gedenkort in Schöneberg gezeigt werden. *Ingo Siebert*

Schule mit Museum

Sammlung der Friedenauer Stadtteilgeschichte

Beim Tag des Offenen Denkmals Mitte September öffneten sich auch wieder die Schultore der Friedenauer Friedrich-Bergius-Schule, einer Integrierten Sekundarschule am Perelsplatz. Denn hier befindet sich das noch wenig bekannte „Schul- und Stadtteilmuseum Friedenau“.

Das traditionsreiche Gebäude des ehemaligen Friedenauer Gymnasiums aus dem Jahre 1903 bietet den passenden Rahmen für ein solches Museum, das Ansichten und Dokumente aus

der Geschichte des Ortsteils sammelt. Schulleiter Michael Rudolph freut sich über die gute Zusammenarbeit mit Unternehmen der Umgebung, darunter der PSD Bank, die ihren Sitz am nahegelegenen Renée-Sintenis-Platz hat. Von der Bank, die aus dem Postspar- und Darlehensverein der Deutschen Bundespost hervorgegangen ist und im Gebäude der 1920 fertiggestellten Friedenauer Hauptpost ihre Räume hat, erhielt die Schule vor den Sommerferien 25 zusätzliche Computermonitore für

den IT Unterricht. Dafür ist in die nüchternen Bankräume Stadtteilgeschichte eingezogen: „An die PSD Bank wurden vergrößerte Fotos unserer Exponate zur Ausgestaltung des Bankgebäudes abgegeben“, so Schulleiter Michael Rudolph.

Das „Schul- und Stadtteilmuseum Friedenau“ kann nach telefonischer Terminabsprache unter der Rufnummer 90277 - 7910 besucht werden. Das Angebot wird regelmäßig im „MuseumsJournal“ veröffentlicht.

U. H.



Alte Ansicht der Schule

FÜR SIE VOR ORT

SPD TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Hauptstr. 100,
10827 Berlin (Schöneberg)
Tel: 030 7812283
Fax: 030 78001217
kreis.tempelhof-schoeneberg
@spd.de
spd-tempelhof-schoeneberg.de

BUNDESTAGSABGEORDNETE - WAHLKREISBÜRO

Mechthild Rawert
Friedrich-Wilhelm-Str. 86,
12099 Berlin (Tempelhof)
Tel: 030 72013884
Fax: 030 72013994
mechthild.rawert.wk
@bundestag.de
www.mechthild-rawert.de

ABGEORDNETE BERLIN - WAHLKREISBÜROS

Dilek Kolat | Friedenau
Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin
Tel: 030 91502700
www.dilek-kolat.com

Michael Müller | Tempelhof
Manfred-von-Richth.-Str. 19,
12101 Berlin
Tel: 030 81828330
www.michael-mueller-spd.de

Lars Oberg | Schöneberg
Hauptstr. 8, 10827 Berlin
Tel: 030 30362103
www.lars-oberg.de

Frank Zimmermann | Mariendorf
Eisenacher Straße 72, 12109 B
Tel: 030 70781714
www.frank-zimmermann.net